

Auf Extremismus-Problem reduziert

Sondervotum von Martina Renner und Katharina König

Bewertung der Funktionsweise und des Agierens des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV) in den 90er Jahren:

Aus Sicht der beiden Abgeordneten Renner und König stellt sich die Situation in einigen Facetten anders oder sogar deutlich dramatischer dar als von der Ausschussmehrheit vertreten. Mit Verweis auf ein Thesenpapier des Landesamtes aus dem Jahr 1996 fassen sie die damalige Arbeitsweise zusammen: Beschwichtigung der Öffentlichkeit, Gelassenheit im Umgang mit Rechtsextremismus, zivilcouragiertes Entgegentreten ge-

Dienstes bis an den Rand der Strafbarkeit und darüber hinaus zu treiben. So wurden dem Ausschuss in mehreren Fällen aus den Akten Vorgänge bekannt, die den Anfangsverdacht von Straftaten, wie Geheimnisverrat, Strafvereitelung, Amtsmissbrauch, Betrug, Untreue usw., rechtfertigten.

Im Gegensatz zum Ausschuss vertreten die Abgeordneten Renner und König die Meinung, dass der Aufstieg des V-Manns Tino Brandt in Führungsfunktionen und auch das Erstarren der Strukturen des THS (Thüringer Heimatschutz) maßgeblich auf das Wirken des TLfV zurückgeführt werden kann. Man scheint sich im Amt niemals daran gestoßen zu haben, dass Brandt später bei THS und NPD maßgeblichen Einfluss ausübte.

Betrachtet man die Vorgänge um Brandt, Degner und Dinel, so ist

zu konstatieren, dass das TLfV in fortgesetzter Weise Straftäter und Führungskader führte, vor Verfolgung schützte und über sie neonazistische und zum Teil hochgefährliche Organisationen und Strukturen alimentierte.

Angesichts der vielen gleichgelagerten Fälle von Unterstützung, Abschwärzung und Einflussnahmen auf Ermittlungsverfahren in Bezug auf Quellen, gehen die Abgeordneten Renner und König von einem systematischen Versagen der Institution Verfassungsschutz aus. ■



gen Neonazis ist Hexenjagd, Neonazismus ist nicht existentes Problem, das gar durch dessen Thematisierung erst geschaffen wird. Sie schließen sich daher der Auffassung der Sachverständigen Kahane an, dass das TLfV „in einer so verheerenden Weise die Situation ignoriert und von den Füßen auf den Kopf gestellt hat oder umgekehrt, dass es ohne Beispiel ist in der Geschichte des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“.

Quellenschutzfetischismus und Geheimdienstgläubigkeit erlaubten es den Akteuren das Eigenleben des

Der Thüringer Landtag debattiert den am 11. März der Öffentlichkeit vorgestellten Zwischenbericht des NSU-Untersuchungsausschusses, der sich mit dem „möglichen Fehlverhalten“ der Thüringer Behörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugerechneten Straftaten beschäftigt. Die beiden Vertreter der LINKEN im Untersuchungsausschuss, Martina Renner (stellv. Ausschussvorsitzende) und Katharina König (s. Foto), haben „in Ergänzung und teilweise in Abweichung von den seitens der Ausschussmehrheit im Zwischenbericht getroffenen Einschätzungen“ ein Sondervotum vorgelegt, aus dem wir zitieren und das auf der Internetseite der Linksfraction (<http://bit.ly/16EahFi>) nachgelesen werden kann.

Bewertung der gesellschaftlichen Situation und des behördlichen Handelns in den 90er Jahren in Thüringen: Die Reduzierung neonazistischer Einstellungen und Handlungen auf ein vergängliches Jugendphänomen versprach die vermeintlich bequemste Lösung des Problems, stellt jedoch gleichzeitig eines der ursächlichen Probleme in der Auseinandersetzung mit neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen und Verhalten dar.

Noch gravierender bewerten die beiden Abgeordneten jedoch die in Politik und Verwaltung auch in Thüringen vorherrschende sogenannte „Extremismustheorie“, nach der eine vermeintlich demokratische Mitte zwei demokratiefeindlichen und einander bedingenden „rechten“ und „linken“ Lagern gegenüber stünde. Das Problem der rechten Gewalt wurde so auf ein Problem mit Extremismus reduziert. Aber nicht nur Verharmlosung prägte das Agieren Thüringer Behörden und Verantwortungsträger. Übereinstimmend berichteten die Sachverständigen über ablehnendes Verhalten bis hin zur Diskreditierung jeglichen Engagements gegen Neonazismus.

NACHRICHTEN

Unsicherheit beendet

Bodo Ramelow, Fraktionschef im Landtag, begrüßt ausdrücklich, dass „endlich die Zeit der Unsicherheit beendet und die Eon-Übernahme durch die Zusage eines noch ausstehenden Kredites auch finanziell in trockenen Tüchern ist“. Der Linksfractionär reagiert damit auf die Einigung zwischen dem Kommunalen Energiezweckverband (KET) und der Landesbank Hessen-Thüringen (HeLaBa) zu den Kommunalkrediten.

Nun komme es darauf an, welche weiteren Schritte die Landesregierung unternimmt, damit Energie in Thüringen regional, dezentral und regenerativ erzeugt werden kann. „Wir müssen jetzt die Chancen für den regionalwirtschaftlichen Erfolg und soziale Gestaltungsspielräume auch beim Strompreis voll nutzen“, fordert Bodo Ramelow. ■



„Plötsinn!? - Sinn und Unsinn des Thüringer Bildungsplanes 0 - 10“, so der Titel der neuen Ausstellung, die die Jugendkunstschule IMAGO e.V. jetzt im Fraktionsflur der LINKEN im Thüringer Landtag zeigt. Dass es der Bildungsplan wert ist, genauer betrachtet zu werden, zeigen die künstlerischen Arbeiten der Vorschulkinder, die sich in der IMAGO betätigen. ■

Förderung anpassen

Zu den Ergebnissen einer Anfrage zu Arbeitslosigkeit und Qualifikationen von Jugendlichen erklärt Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der LINKEN: „Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ist seit 2009 um etwa 45 Prozent zurückgegangen, was wir begrüßen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass nun umso gezielter Maßnahmen für Jugendliche zu entwickeln sind, die mehr Unterstützung und Qualifikation benötigen.“

Arbeitslose Jugendliche ohne Berufsausbildung würden wesentlich schlechter in Beschäftigung finden ebenso wie junge Menschen mit Behinderungen. „Hier droht eine Verstärkung von Langzeitarbeitslosigkeit. Die vielfältigen Instrumente müssen auf den Prüfstand, um der Förderung einen neuen Zuschnitt zu geben“, so die Abgeordnete. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Kein „weiter-so“

Der Maßregelvollzug ist ein Fass ohne Boden geworden - jährlich steigen die Zuschüsse an die privaten Krankenhausbetreiber. Die Privatisierung des Maßregelvollzugs und der Landesfachkrankenhäuser muss nach Ansicht der LINKEN gerade nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Privatisierung solcher Einrichtungen in Hessen überdacht werden.

Mitbestimmung stärken

Insbesondere vor den angekündigten umfassenden Reformen im Dienstrecht und einer noch ausstehenden Funktionalreform in Thüringen, aber auch vor dem Hintergrund des forcierten Stellenabbaus im öffentlichen Dienst müssen nach Ansicht der Linksfraction die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten verbessert werden. Die Grundlage für ein tatsächlich modernes Personalvertretungsrecht soll mit Änderung der Verfassung in Thüringen geschaffen werden.

Residenzpflicht aufheben

Vizepräsident Matthes (SPD) drängt aktuell auf die Abschaffung der Residenzpflicht. Allerdings helfen warme Worte den Betroffenen nicht weiter. Die SPD hat im April-Plenum die Möglichkeit, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen und einem gemeinsamen Antrag zur Abschaffung der Residenzpflicht von LINKEN und Grünen zuzustimmen. Selbst in konservativ regierten Ländern, wie Hessen, gibt es diese Form der Diskriminierung schon lange nicht mehr.

Pressemitteilungen der LINKE-Fraktion: <http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/> ■

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 24. bis 26. April statt und im Mai vom 22. bis 24. des Monats.

Matinee:

Anlässlich des 100. Geburtstags von Stefan Heym veranstaltet die Linksfraction eine szenische Lesung, die u.a. gestaltet wird von Bodo Ramelow, Dr. Birgit Klaubert, Dr. Luc Jochimsen und dem Schauspieler Franz Sodann: Mittwoch 10. April, 16.30 Uhr, Lobby des Plenarsaals im Thüringer Landtag.

Aktuelle Informationen am laufenden Band unter:

www.die-linke-thl.de